Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 121. **Sonnabend, 24. Mai 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Frankreichs Verständigungs-Beteuerungen.

Deutschland und die Erklärungen Herriots.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Führer der französischen Linken, insbesondere der kommende französische Ministerpräsident **Herriot** geben tagtäglich neue Erklärungen über ihre Bereitschaft ab, sich mit Deutschland verständigen zu wollen und die militärische Besetzung des Ruhrgebietes wieder rückgängig zu machen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. Diese französischen Ankündigungen haben auf die Berliner politischen Kreise eine eigenartige Wirkung ausgeübt. Es ist sogar anzunehmen, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung durch die in sehr versöhnlichem Tone gehaltenen Appelle der französischen Linkspolitiker stark beeinflußt werden. Wenigstens muß man diesen Eindruck gewinnen, wenn man die Haltung der Parteien gegenüber der außenpolitischen Einstellung der kommenden Regierung beobachtet. Im Zentrum und auch bei einem Teil der Deutschen Volkspartei hält man es für ganz undenkbar, nunmehr einen scharfen nationalistischen Kurs der deutschen Außenpolitik einführen zu wollen, nachdem die französische Politik durch absolut pazifistisch orientierte Regierungsmänner in so wichtigen Fragen wie der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und der Ersetzung der alliierten Besatzung des Rheinlandes durch eine Völkerbund-Gendarmerie in Aussicht stellt, Deutschland gegenüber Erleichterungen zu schaffen. Man müsse doch schließlich in Betracht ziehen, daß sich die neuen Männer Frankreichs schon jetzt in ihren Erklärungen vollständig festgelegt haben. Ein nationalistischer Kurs in Deutschland würde, so erklären die Politiker der Mittelparteien, es geradezu verhindern, daß man die neue französische Regierung auch beim Wort hält. Frankreich hatte dann die sehr billige Ausrede, daß es zwar den guten Willen gehabt habe, aber zu seinem unendlich großen Bedauern durch eine nationalistische Regierung in Deutschland an der Ausführung seiner „edlen Absichten" verhindert worden sei.

Diese Auffassung der mittelparteilichen Kreise kann man natürlich nicht ohne weiteres als Unsinn bezeichnen wollen. Sie hat in manchen Punkten, so erklären auch die deutschnationalen Angestellten Berliner Blätter, eine gewisse Berechtigung. Es ergibt sich aber die Frage, ob die deutschnationale Partei überhaupt mit der Absicht umgeht, mit einer vernünftig eingestellten französischen Regierung Konflikte herauf zu beschwören. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt, daß die Zusagen einer deutschnationalen Regierung für Frankreich doch erheblich mehr Wert besitzen müßten als die Erfüllungsbesprechungen der bisherigen demokratischen Staatsmänner, die keine wirkliche Macht hinter sich haben. Von Seiten der Deutschnationalen werde man nichts versprechen, was man nicht erfüllen kann. Das sei der Gegensatz, der zwischen ihnen und den bisherigen Erfüllungspolitikern besteht. Seitens der Demokraten behauptet man jedoch, daß die Deutschnationalen durch ihre bisherige Stellungnahme berechtigte Zweifel an ihrer Ehrlichkeit aufkommen gelassen hätten. Durch ihr Verschulden sei jahrelang in den Volkskreisen der Eindruck erstanden, als ob Deutschland durch eine Haltung des Widerstandes seine Lage verbessern würde. Aus diesem Grunde würde auch eine deutschnationale Regierung im eigenen Lager große Unzufriedenheit hervorrufen, wenn sie anstatt der erwarteten Gegenwehr plötzlich selbst Erfüllungspolitik treiben wolle. Aus diesen Erwägungen heraus wollen sich die Demokraten grundsätzlich einer Regierung fernhalten, die von deutschnationalen Politikern geführt wird. Die deutschnationale Partei wird demnach ihre ganze Aufmerksamkeit darauf richten müssen, zu verhindern, daß infolge der außenpolitischen Entwicklung eine von den Demokraten genährte Opposition entsteht, die ihnen außerordentliche Schwierigkeiten schaffen könnte.

Vor der Demission des Reichskabinetts.

Berlin, 24. Mai. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist das **Kabinett Marx—Stresemann** nunmehr entschlossen, **am 27. Mai anläßlich des Zusammentritts des Reichstags seinen Rücktritt zu erklären.** Das Reichskabinett sah sich zu diesem Entschluß genötigt, nachdem die Deutsche Volkspartei verlangt hatte, daß die jetzige Reichsregierung die Entscheidung in die Hände des neuen Reichstages, der der veränderten Stimmung des deutschen Volkes Rechnung trägt, zu legen habe. Minister **Dr. Stresemann** hat seiner Partei mitgeteilt, daß er keinen Wert darauf lege, das Außenministerium weiter zu versehen, da er nicht glaube, die auswärtige Politik im Sinne der Deutschnationalen Partei leiten zu können.

*

Außenpolitische Fühler der Deutschnationalen Partei.

Berlin, 24. Mai. Wie wir aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen erfahren, hat die Deutschnationale Partei durch einige ihr politisch nahestehende Persönlichkeiten in **London, Rom und Washington eine Fühlungnahme mit maßgebenden politischen Kreisen** in diesen Ländern hergestellt. Es wird versichert, daß die Bildung einer deutschnationalen Regierung sowohl in England als auch in Italien einen günstigen Eindruck machen würde. Ueber die amerikanische Haltung ließe sich zur Zeit nichts abschließendes sagen, da man in den Vereinigten Staaten offenbar sehr ungenügend über die deutschen Verhältnisse informiert ist. Die politischen Kreise in England und Italien hätten indes übereinstimmend darauf hingewiesen, daß man von einer deutschnationalen deutschen Regierung **die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens** erwarte, da sonst eine Regelung des Reparationsproblems nicht möglich sei. Die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, wonach von deutschnationaler Seite auch ein Fühler nach Paris ausgestreckt worden sei, wird im übrigen bestritten.

Die National-Sozialisten gegen jede Erfüllungspolitik.

Berlin, 24. Mai. In Kreisen der National-sozialistischen Freiheitspartei verlautet, daß in den außenpolitischen Fragen die Unterstützung einer rechtsgerichteten Regierung im Reiche nur dann in Frage komme, wenn die Abkehr von der Erfüllungspolitik eindeutig zum Ausdruck komme. Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens durch eine deutschnational orientierte Reichsregierung würde es der National-sozialistischen Freiheitspartei nicht gestatten, eine solche Regierung wohlwollend zu unterstützen. Die National-sozialistische Freiheitspartei beabsichtige aber nicht, von vornherein einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen.

Die Ruhrverhandlungen wieder abgebrochen.

Eine Erklärung des Reichskommissars Mehlich.

* **Dortmund.** Reichs- und Staatskommissar Mehlich teilt der Telunion folgendes mit: Zu Beginn der gestrigen Verhandlungen vor dem Reichs- und Staatskommissar beantragte der Zechenverband die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 16. Mai. Die Vertreter der Gewerkschaften legten darauf die Gründe dar, die sie zur Ablehnung des Schiedsspruches veranlaßt haben. Sie erklärten ferner, daß auf eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der vorliegenden Form eine Beendigung des Kampfes nicht erfolgen werde. Die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen wurden vom Zechenverband unter Hinweis auf die außerordentliche schwierige Lage **des Bergbaues** als unerfüllbar bezeichnet. **Der Vorsitzende mußte infolgedessen die Verhandlungen als ergebnislos abbrechen.** Für die Verhandlungen hinsichtlich des Antrages auf Verbindlichkeitserklärung behält der Kommissar sich seine Entschließung vor.

Gewalttaten der Streikenden.

* **Blankenstein.** Streikende Bergleute versuchten die **Zeche Blankenburg** im Hammertale **gewaltsam stillzulegen.** Die Polizei vereitelte das Vorhaben. Die Zeche kämpft mit starken Wasserzugüssen. Wenn die Notstandsarbeiten nur 24 Stunden eingestellt werden, muß sie ersaufen.

Keine Einmischung der Besatzungsbehörden.

* **Mülheim.** Die Abteilung für Zivilangelegenheiten der Besatzung in Mülheim-Ruhr hatte Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen geladen. Der Hauptkommandant gab den Gewerkschaftsvertretern bekannt, daß die Besatzungsbehörde nicht die Absicht habe, sich in den Konflikt, der zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Bergbau bestehe, einzumischen. Andererseits müsse aber darauf bestanden werden, daß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung für die Allgemeinheit gewährleistet werde. Seitens der Gewerkschaften wurde zugesagt, die Mitteilung der Besatzungsbehörde an die Bergarbeiter weiterzugeben.

Weitgehende finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter.

)(**Berlin.** Der „Vorwärts" meldet, das Exekutivkomitee der **Bergarbeiterinternationale** habe eine Entschließung gefaßt, in der es **den kämpfenden deutschen Bergarbeitern weitgehende Unterstützung** verspricht. Die Landesorganisationen haben sofort zu beraten und dem Internationalen Generalsekretär spätestens bis zum 1. Juni zu berichten, welche Schritte zu unternehmen sind, um die deutschen Bergarbeiter wesentlich zu unterstützen.

Der Vorstand des **Deutschen Eisenbahnerverbandes** fordert seine Mitglieder auf, den **Kampf der deutschen Bergarbeiter finanziell zu unterstützen.** Er hat beschlossen, sofort 10 000 Goldmark aus der Hauptkasse des Verbandes zu überweisen.

)(**Berlin.** Laut „Vorwärts" findet heute eine Sitzung der preußischen Staatsregierung statt, die sich mit dem Arbeitskonflikt im Ruhrgebiet beschäftigen soll. Am Montag beginnt im **preußischen Landtag die große Aussprache über den Konflikt im Ruhrgebiet.**

*

Vorläufig kein Kohlenmangel.

)(**Berlin.** Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist wegen des Kampfes im Ruhrbergbau für **die deutsche Wirtschaft** vorerst ein **Kohlenmangel nicht zu befürchten.** Eine verstärkte Einfuhr englischer bezw. tschechoslowakischer Kohle kommt nicht in Frage. Auch die Gasanstalten seien vorläufig mit Brennstoffen gut versehen. Die Stillegung gewisser Werke im Ruhrgebiet infolge Kohlenmangel habe seine Ursache in der Auswirkung der Micumverträge. Sollte sich bei einem Andauern des Kampfes ein Kohlenmangel bemerkbar machen, so könnte sofort auf die deutschen Händlern im Auslande, namentlich in Holland, gehörenden Kohlenlager zurückgegriffen werden.

Neue französische Gewalt.

Weil die Stadt Düsseldorf nicht in der Lage ist, die von der französischen Besatzung geforderte **neue Kaserne** zu bauen, haben die Franzosen die **Räumung von Wohnungen,** auch Beamtendienstwohnungen, **als Strafmaßnahme verlangt:** alle diese Wohnungen müssen **bis Sonnabend abend geräumt** werden. Die Stadt kann daher nur für jede auf die Straße gesetzte Familie einen Schulraum zur Verfügung stellen, was aber wieder zu einer **schweren Beeinträchtigung des Schulwesens** führt. In Düsseldorf sind bereits 14 Schulen mit 262 Schulräumen beschlagnahmt worden, 7410 Kinder sind nicht ausreichend beschult. Noch schlimmer ist es in Duisburg. Dort sind 964 Klassenräume, 19 Turnhallen, 54 Schulaulen und 382 Nebenräume beschlagnahmt, 12578 Kinder, einschließlich 3000 Gewerbeschüler, sind nicht ausreichend beschult. In der verhältnismäßig kleinen Stadt Solingen, die 21 Schulgebäude hat, sind mehr als 1000 Schulkinder nicht ausreichend beschult.

* * *

Französischer Raub an Privateigentum.

In der Reichsbankstelle Ludwigshafen erschienen vor einigen Tagen ein französischer Oberstleutnant, ein Zahlmeister, ein Gendarmerieoffizier und zwei Gendarmen in kriegsmäßiger Bewaffnung und forderten auf Verfügung der Rheinlandkommission für die Eisenbahnregie eine **Entschädigung für angebliche Sabotageakte,** die von einer Reihe von pfälzischen Gemeinden nicht habe eingetrieben werden können und die auch die Regierung in Speyer nicht bezahlen könne. Infolgedessen halte man sich an das Reich und müsse bei der Reichsbankstelle den **Betrag von 1961000 Francs beschlagnahmen.** Dem Beschlagnahmekommando wurde entgegengehalten, daß die Gelder der Reichsbank nicht Reichsgelder seien, sondern Privateigentum, die Reichsbankstelle könne nur unter Protest der Gewalt weichen. Es wurden darauf **53000 französische Franken und 484000 Billionen Mark in Reichsbankscheinen beschlagnahmt.**

Eine Kreditbank für die Landwirtschaft.

Berlin. Zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den beteiligten Ressorts der Reichsregierung und der Rentenbank werden in der nächsten Zeit Verhandlungen stattfinden, um die Umwandlung der Rentenbank in eine Kreditbank für die Landwirtschaft in die Wege zu leiten. Nach dem Gutachten der Sachverständigen war die Liquidierung der Rentenbank vorgesehen. Wie verlautet, geht der Plan zu der Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditbank von maßgebenden Kreisen der deutschen Landwirtschaft aus, die bereit sind, die erforderlichen Gelder für dieses Institut aufzubringen.

Sachsens Volksparteiler und das Sachverständigengutachten.

tfd. **Dresden.** Die Deutsche Volkspartei hielt am Donnerstag im Meißner Saale des Hauptbahnhofes eine Mitgliederversammlung ab, um von sachverständiger Seite politische Informationen über die **Stellungnahme der Partei zum Dawes-Gutachten** zu erhalten. Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider führte u. a. aus: Unsere wirtschaftliche Notlage habe keinerlei Aussicht auf Besserung solange Frankreichs Macht an Rhein und Ruhr ungebrochen erhalten bleibe. **Der einzige Weg, die besetzten Gebiete zu befreien, sei und bleibe die Annahme des Dawesgutachtens.** Die politische Bedeutung des Gutachtens liege darin, daß es steigende Leistungen Deutschlands vorsieht und diese durch Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands erreichen wolle. Nach dem Gutachten würden wir erst in drei Jahren den Pflichtbetrag, den wir jetzt zu zahlen haben, erreichen. Das Gutachten bedeute angeblich das Ende der Sanktionspolitik hinter ihm stehe die Einheitsfront der öffentlichen Meinung der Welt. Das Gutachten müsse sich durchsetzen, denn es sei für Deutschland von zwei Uebeln das kleinere. Besetzung, Micumverträge usw. seien das größere. Zwar bekämen die Feinde durch das Gutachten die Vormundschaft über unsere Eisenbahnen, über unsere Tarif- und Diskontopolitik, aber der Gegner habe allen Grund, für Erhaltung unseres Wirtschaftslebens zu sorgen. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei gehe dahin, materielle Opfer zu bringen, Demütigungen zu ertragen und Selbstbeherrschung zu üben, um die bedrängten Brüder an Rhein und Ruhr zur Freiheit zu führen.

Londoner Stimmen über Herriots Friedenswunsch.

London. (Funkspruch.) Zu der Unterredung Herriots mit einem Vertreter des Berliner Vorwärts, die in der hiesigen Presse viel beachtet wird, schreibt Daily News, Herriots Wunsch, Frieden zu schaffen, könne Wirklichkeit werden, wenn er bereit sei, **das Ruhrgebiet zu befreien.** Er wende sich an Deutschland mit Worten, die diesem belagerten Lande einige Hoffnung gäben, daß ihm endlich ein Teil der Last der Nachkriegsjahre abgenommen werde.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, Herriots letzte Erklärung über die **Haltung der künftigen französischen Regierung** gegenüber den diplomatischen Fragen im allgemeinen und den deutschen Fragen im besonderen sei im britischen ministeriellen und diesen nahestehenden diplomatischen Kreisen mit ebensoviel **Befriedigung wie Ueberraschung** aufgenommen worden, da allgemein befürchtet worden wäre, daß keine französische Regierung es wagen würde, von dem Geist oder auch nur von der Formel der Politik Poincarés abzugehen.

London. (Funkspruch.) Westminster Gazette schreibt, wenn Herriot eine neue Regierung in Frankreich bilde, könne er keinen besseren Schritt unternehmen als die Gewährung **einer allgemeinen Amnestie im Rheinland und Ruhrgebiet.**